

Mehr tun für Hamburg

Wahlplattform '74

CDU

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort	3
Schule	7
✗ Berufliche Bildung	11
Hochschulpolitik	14
✗ Jugendpolitik	15
✗ Frauenpolitik	18
Wohnungsbau	19
Stadtplanung	22
Bodenrecht	25
Verkehr	26
Gesundheit	30
Umweltschutz	34
✗ Benachteiligte Gruppen	36
Wirtschaftspolitik	39
Ausbau und Sicherung des demokratischen Rechtsstaates	42
Finanzpolitik	47

Hamburger Bürgerschaftswahl:

Es ist Zeit für einen Wechsel!

Hamburg wählt am 3. März 1974 sein neues Parlament. Die Entscheidung der Hamburger Bürger ist dieses Mal für die Zukunft unserer Stadt besonders wichtig. Nach 20 Jahren SPD-Regierung mit absoluter Mehrheit kann niemand mehr vom bisherigen Senat die notwendigen neuen Impulse zur Bewältigung unserer vielen Probleme im Schulwesen, Nahverkehr oder Wohnungsbau erwarten.

Die Sozialdemokraten haben sich in diesen langen Jahren uneingeschränkter Herrschaft verbraucht und verschlissen. Die vielen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zur Aufdeckung der zahlreichen Regierungsskandale haben das in den letzten vier Jahren überdeutlich bewiesen.

Die Tendenz zu einem imperativen Mandat, das die freie Gewissensentscheidung des Abgeordneten außer Kraft setzt, machte aus SPD-Senatoren und SPD-Abgeordneten von Parteifunktionären ferngesteuerte Marionetten. Parteitage der SPD wurden zu Nebenregierungen, die über Wohl und Wehe des Bürgers nachhaltiger entschieden, als die frei gewählte Bürgerschaft und der SPD/FDP-Senat.

Die Verfilzungen zwischen SPD und parteinahen Organisationen, z. B. Neue Heimat und Co op, beweisen schlechten Stil im Umgang mit der Macht. Die Bilanz der Regierungsherrschaft des SPD/FDP-Senats ist negativ.

- Trotz vieler Versprechungen wird die Situation an Hamburger **Schulen** weiterhin durch Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Raumnot bestimmt. Es fehlen nach dem jetzigen Stellenplan ca. 1000 Lehrer. Viele Lehrer sind Kommunisten oder Sympathisanten linksradikaler Organisationen.

- **Wohnen** wurde in Hamburg unter der SPD-Herrschaft zum unerschwinglichen Luxus. Jeden Monat verlassen über 1000 enttäuschte Hamburger ihre Stadt. 1972 waren es allein 15 000. Statt preiswerte Wohnräume zu bauen, kürzte der SPD/FDP-Senat den staatlich geförderten Wohnungsbau um 1/3.
- **Die Verkehrsmisere** ist immer noch unerträglich. Zahlreiche Vororte sind nur ungenügend ans Nahverkehrsnetz angeschlossen. Es fehlen ein Generalverkehrsplan und ein gesamtverantwortlicher Verkehrssenator.
- In den vergangenen drei Jahren gingen mehr **Arbeitsplätze** verloren als hinzugewonnen wurden. Von einer systematischen Wirtschaftsförderung kann keine Rede mehr sein. Die SPD versäumte es, umweltfreundliche Industrien, z. B. aus dem Computer- und Elektronikbereich, nach Hamburg zu ziehen, um sichere und attraktive Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Hamburger Senat ist der größte Unternehmer unserer Stadt. Er hat in den letzten Jahren viele Preise und Gebühren für öffentliche Versorgungseinrichtungen und staatliche Leistungen in unverträglichem Maße erhöht – oft weitaus stärker, als es der allgemeinen Preisentwicklung entspricht. Unter einem CDU-Senat wird Hamburg in Zukunft stärker dazu beitragen, die Preise in den Griff zu bekommen und die Geldentwertung zu bremsen. Denn der Staat muß ein Beispiel geben und sparsam wirtschaften. Alle unsere Programme stehen deshalb unter dem Vorbehalt der Stabilität

Die politischen und sozialen Mißstände absoluter SPD-Herrschaft konnten durch die FDP nicht verhindert werden.

Die FDP war in den vergangenen Jahren einflußlos im Senat und zerstritten zwischen Partei und Fraktion. Jetzt will die Hamburger FDP die SPD sogar noch links überholen.

Die CDU ist als Volkspartei der Mitte bereit, die politische Verantwortung in Hamburg zu übernehmen und eine bessere Politik mit einem **Team unverbraucher Kräfte** durchzusetzen.

Grundsatz der CDU-Politik für alle Hamburger: Das Leben für den einzelnen Hamburger Bürger muß gerechter gestaltet werden und ihm die Chance bieten, mehr aus seinem Leben zu machen. Dies gilt für die junge Generation ebenso wie für die älteren Hamburger, von denen 1977 fast jeder 5. über 65 Jahre alt sein wird.

Die CDU will mehr persönlichen Freiheitsraum, mehr Chancen für den Einzelnen und weniger staatliche Gängelei und Gleichmacherei!

Mit diesem Programm präzisiert die CDU die Zielvorstellungen der Partei, der Fraktion sowie eines CDU-Bürgermeisters und eines von der CDU gebildeten Senats.

Schule

Die CDU will vorrangig die jetzigen Mängel im Schulwesen beseitigen! Schluß mit utopischen Reformen!

Elementare Mängel bestimmen unser Schulwesen, die der SPD/FDP-Senat auch in den letzten vier Jahren nicht hat beseitigen können, vieles ist sogar noch schlimmer geworden. Die Auswirkungen spüren Eltern, Lehrer und Schüler täglich. Lehrermangel, Unterrichtsausfall, überfüllte Klassen und Schulraumnot müssen endlich beseitigt werden. Darin sieht die CDU ihre Hauptaufgabe im Bildungsbereich.

Diese Mängel müssen vor finanziell ungesicherten und ideologisch verschwommenen Reformen bewältigt werden.

Aus ideologischen Gründen scheint der SPD an Verbesserungen des bestehenden Schulwesens wenig gelegen zu sein. Denn sie konzentrierte sich personell und finanziell auf die nicht genügend erprobte integrierte Gesamtschule.

Die CDU will dagegen:

1. Sofortige wissenschaftliche Begleitung und Auswertung der bestehenden Schulversuche, sowie Einstellung der gescheiterten Formen. Gleichzeitig:
2. Verstärkte innere Reform des bestehenden Schulsystems unter gleicher Ausstattung wie die Gesamtschulversuche, um einen Vergleich möglich zu machen.

Die CDU will aber allen Schülern helfen:

- Der **Unterrichtsausfall** muß durch ausreichende Lehrkräfte beseitigt werden. Die CDU hat bereits Pläne vorgelegt, wie dies durch Zusatzausbildung für Volks- und Realschullehrer und

verbesserte Arbeitsverhältnisse für Berufsschullehrer erreicht werden kann.

- Im **Schulbau** muß sichergestellt werden, daß alle Schüler genügend Bewegungsraum haben. Die Berufsschulen sollen zu Berufsschulzentren ausgebaut werden. Aufenthalts- und Arbeitsräume für Schüler sichern die Oberstufenreform an Gymnasien ab.
- Die Leistungsbeurteilung der Schüler innerhalb Hamburgs und im Vergleich zu anderen Bundesländern muß einheitlicher und gerechter gestaltet werden. Voraussetzung dafür sind einheitlichere Lehrpläne sowie Lehr- und Lernbedingungen.

Vorschulerziehung und kleinere Klassen

Die Vorschulerziehung muß endlich verwirklicht werden. Die CDU will mehr Kindergärten für Drei- bis Vierjährige und Vorschulklassen für Fünfjährige. Die CDU strebt engste Zusammenarbeit mit freien Bildungsträgern an.

Die Klassenstärke in Grundschulen und Beobachtungsstufen muß in den nächsten vier Jahren stufenweise auf 27 Schüler gesenkt werden.

Neue Berufswege für Abiturienten

Wir werden **Berufsakademien für Abiturienten** schaffen. Dort soll praxisbezogene Ausbildung neue und zukunftsattraktive Berufslaufbahnen ermöglichen.

Die Berufsakademien sollen eine Alternative zum Hochschulstudium sein. Realschülern wird durch **vorgeschaltete Bildungsgänge** der Weg zu dieser Einrichtung erleichtert.

Mehr Durchlässigkeit zwischen den Schularten

Die CDU will eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Schularten: Das wird vor allem den Hauptschulen zugute kommen. Sie müssen durch inhaltliche Reformen aus dem Zustand von Restschulen herausgeführt werden.

Keine politische Agitation in der Schule

Die CDU wird für die volle Anwendung des Extremistenbeschlusses der Ministerpräsidenten sorgen. Sie sichert faire Prüfung eines jeden Falles zu, lehnt jedoch die Einstellung von Verfassungsfeinden wie DKP- und NPD-Mitgliedern, aktiven Mitarbeitern links- und rechtsradikaler Organisationen und Befürwortern von Verfassungsbruch und Gesetzesmißachtung grundsätzlich ab.

Schulbücher, Lehrpläne und davon abweichender Unterricht dürfen nicht zur Agitation mißbraucht werden. Unsere Kinder dürfen nicht – dafür wird die CDU durch verstärkte parlamentarische Kontrolle sorgen – zu Feinden unseres Staates oder des Elternhauses erzogen werden!

Lehrerbildung

Die Weiterentwicklung des Schulwesens muß durch eine ideologiefreie Lehrerbildung abgesichert werden. Die Ausbildung muß den fachwissenschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Anforderungen, die Schulart und Schulstufe an den Lehrer stellen, entsprechen.

Mehr Tagesschulen - mehr Chancen für Abendschüler

Ein Numerus Clausus versperrt vielen bildungswilligen jungen Hamburgern den zweiten Bildungsweg. Vor allem für diese Arbeitnehmer werden wir die erforderlichen Bildungseinrichtungen ausbauen.

Wegen der physischen und psychischen Belastung im Abendunterricht müssen mehr Tagesschulen eingerichtet werden. Die Verpflichtung zur vollen Berufstätigkeit für Abendschüler entfällt.

Auch für Kinder ausländischer Arbeitnehmer müssen gleiche Bildungschancen geschaffen und gesichert werden. Auch sie haben einen Anspruch auf qualifizierte Berufsausbildung. Ihnen muß besonders geholfen werden.

Wir fordern mehr staatliche Initiativen und Kontrolle für den Fernunterricht in der Bundesrepublik und ein Fernschulgesetz, um Mißbrauch zu vermeiden und den Fernunterricht angemessen fördern zu können. Die Hamburger CDU hat Pläne vorgelegt, die im Bundesrat durchgesetzt werden sollen.

Berufliche Bildung

Hamburg braucht mehr Berufsschullehrer – Zusammenarbeit der Schulen und Betriebe

Die berufliche Bildung ist gleichwertiger Teil des gesamten Bildungswesens. Sie muß nach modernen pädagogischen und bildungspolitischen Leitlinien verwirklicht werden.

Weder betriebliche Interessen, noch ideologisch geprägtes Verstaatlichungsdanken dürfen dieses Ziel gefährden.

Wir wollen die Aufteilung der beruflichen Bildung auf die Lernorte Schule, Betrieb und überbetriebliche Einrichtungen nach pädagogischen Gesichtspunkten. Der Betrieb, der den berufspraktischen Teil übernimmt, spielt hierbei eine unverzichtbare Rolle.

Wir wollen daher keine einseitige Verschulung der beruflichen Bildung, sondern bessere Verzahnung und Kooperation der Lernorte.

Der Übergang von der Schule zum Betrieb soll durch die Arbeitslehre – die vorberufliche Bildung – erleichtert werden. Schule und Berufsberatung müssen eng zusammenarbeiten.

Unterricht auf 12 Wochenstunden ausweiten

- Wir wollen die Berufsschulbildung vor allem durch Unterrichts-Erweiterung auf mindestens 12 Wochenstunden, und zwar in Form eines dem einzelnen Berufsfeld angepaßten Blockunterrichts, verbessern.

- Wir wollen mehr Berufsschullehrer durch gezielte Werbemaßnahmen, z. B. auch eine Durchlässigkeit der Lehrerlaufbahn, gewinnen.
- Werklehrer, Werkstatt- und Verwaltungsassistenten sollen die Berufsschullehrer entlasten. Durch praktische Arbeit im Betrieb werden die Lehrer fachlich fortgebildet.
- Das Berufs-Grundbildungsjahr soll als 10. Pflichtschuljahr schrittweise eingeführt werden.

Die betriebliche Ausbildung verbessern

Die betriebliche Berufsbildung muß durch eine in sich gestufte, berufsqualifizierende Fachbildung nach modernen Ausbildungsordnungen verbessert werden. Hierbei müssen auch die Jugendlichen, die nach dem Berufsgrundbildungsjahr direkt in das zweite Ausbildungsjahr gehen, berücksichtigt werden.

Wir wollen die betriebliche Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz und Ausbildungsordnung sicherstellen.

Mit jedem Betrieb sollte eine Höchstzahl von Lernenden vereinbart werden. Richtlinien ergeben sich durch Größe, Ausstattung und Lehrpersonal der Betriebe. Nichtgeeigneten Betrieben sollte die Ausbildungsbefugnis versagt werden. Deshalb muß die Zahl der hauptamtlichen Ausbildungsberater vermehrt und müssen die Anforderungen an Ausbildungsbetriebe einheitlich festgelegt werden.

Die Ausbildungsberater sollten den paritätisch besetzten Berufsbildungsgremien zugeordnet und die Aufsichtsrechte der Behörde zu einer Fachaufsicht erweitert werden.

Die Aus- und Fortbildung der betrieblichen Ausbilder und Fachbetreuer muß verbessert werden.

Ausbildung mit Berufsschulen abstimmen

Wir fordern den Ausbau überbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen. Dadurch können stark spezialisierte Betriebe, auch die kleinen und mittleren, ihre Lernenden moderner und umfassender ausbilden. Betriebe eines Berufsfeldes sollten sich zu Ausbildungsgemeinschaften zusammenschließen.

Wir wollen zwischen Schule, Betrieb und überbetrieblichen Einrichtungen vertrauensvolle Zusammenarbeit erreichen.

Die betriebliche Ausbildung muß ständig mit den Lehrplänen der Berufsschulen abgestimmt werden.

In den Berufsbildungsausschüssen und beiden überbetrieblichen Einrichtungen sollten auch Lehrer und Lernende mitbestimmen.

Auch Berufsausbildung für Lernbehinderte

Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, vor allem Abgänger von Sonderschulen für Lernbehinderte, sollen mindestens eine einjährige Grundausbildung in einer Werkklasse erhalten. Daran müssen sich spezielle Ausbildungsverträge anschließen. Der öffentliche Dienst sollte hierbei beispielgebend vorgehen.

Für ein breiteres Fachschulangebot

Die Fachschulen ermöglichen vielen jungen Arbeitnehmern, denen andere Bildungsgänge verwehrt sind, bessere berufliche Qualifikation. Wir wollen deshalb ein größeres Fachschulangebot und haben daher bereits den Ausbau der Techniker- und Hotelfachschule gefordert.

Mehr Bildung für die Erwachsenen

Wir wollen die berufliche Erwachsenenbildung fördern. Hausfrauen muß die Rückkehr oder der Eintritt ins Berufsleben durch Beratung, Kurse und Vermittlung von Arbeitsplätzen vor allem für Teilzeitarbeit erleichtert werden. Hierzu gehört für berufswillige Mütter das ausreichende Angebot von Kindertagesstätten.

Hochschulpolitik

Maßnahmen gegen den Numerus Clausus – Verwaltungsaufwand reduzieren

Die Verfassungsmäßigkeit des Hamburger Hochschulgesetzes muß wiederhergestellt werden.

Wir wollen die Freiheit von Forschung und Lehre sichern. Der übermäßig aufgeblähte Verwaltungsaufwand muß reduziert werden.

Mit dem Bau der Harburger Hochschule beginnen

Wir wollen den Numerus Clausus durch folgende Maßnahmen abbauen:

1. Bau weiterer Studienplätze. Besonders im naturwissenschaftlich-technischen Bereich.
Mit dem Bau der Hochschule in Harburg muß sofort begonnen werden.
2. Schnelle Verwirklichung der Studienreform. Dadurch u. a. die durchschnittliche Studienzeit verkürzen!
3. Kapazitäten der Universität u. a. durch Einführung eines Studienjahres besser nutzen.
4. Mehr Information und Beratung für Studienbewerber.
5. Bau von Berufsakademien als Alternative zum Hochschulstudium.
6. Den harten Numerus Clausus an Fachhochschulen durch beschleunigte Baumaßnahmen abbauen.
7. Voraussetzung für ein intensives Studium ist die Verbesserung der sozialen Lage der Studenten. Deshalb müssen die Förderungssätze und Bemessungsgrenzen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BaföG) regelmäßig den Lebenshaltungskosten angepaßt werden.

Jugendpolitik

Wir fordern Behörde für Jugend und Sport – Freie Verbände einschalten – mehr Plätze in Kindergärten und Tagesheimen

Wir wollen, daß Kinder und Jugendliche nicht länger Stiefkinder der Wohlstandsgesellschaft sind. Mit Ferienpässen allein ist es nicht getan. Hamburg braucht eine dauerhafte und durchführbare Konzeption für kinderfreundliche Senatspolitik.

Der Privatinitiative muß mehr Raum geschaffen werden. Die Bemühungen aller in der Jugendarbeit Tätigen müssen koordiniert werden.

Die Politik für Kinder und Jugendliche ist in Hamburg sträflich vernachlässigt worden, weil sie in der Großbehörde für Schule, Jugend und Berufsbildung den jeweiligen Senatoren nicht mehr als ein fünftes Rad am Wagen bedeutete.

Jugendpolitik muß wieder zu einem eigenständigen Faktor in der Hamburger Politik werden. Die CDU wird daher einen Senator für Jugend und Sport einsetzen.

Spielplätze

Rostige Rutschen und dreckige Sandkästen dürfen nicht länger die Hamburger Spielplatzwirklichkeit sein! Wir wollen Bolz- und Abenteuerspielplätze, Robinson- und Bauspielplätze für Kinder aller Altersgruppen. Die CDU hat ein Spielplatzgesetz vorgelegt, das Stadt- und Wohnungsbauplanung verpflichtet, die Spiel- und Bewegungsbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Häuser der Jugend

Unsere Häuser der Jugend sind nicht mehr zeitgemäß. Sie müssen endlich für alle Kinder und Jugendlichen attraktiv werden –

für Kinder, Schüler aller Schulgattungen und Lehrlinge wie für Behinderte. Hamburg braucht eine grundlegende Reform: Angebot und Ausstattung der Häuser müssen erweitert und verbessert werden.

Die Öffnungszeiten am Abend und an den Wochenenden müssen verlängert, eine bessere Zusammenarbeit mit Schulen, Bibliotheken, freien Trägern und Jugendverbänden aufgebaut werden.

Kindergärten

Hamburg braucht ein breiteres Angebot an Ganztags-, Halbtags- und Stundenplätzen in Kindergärten und Kindertagesheimen, in einem Kindergartengesetz soll die Mitarbeit der Eltern und der freien Träger gesichert werden. Sonderkindergärten für körperlich und geistig behinderte Kinder sind in allen Bezirken einzurichten. Der ständige Personalmangel ist durch gezielte Werbung, Wohnungsfürsorge und mehr Ausbildungsplätze abzubauen.

Nachbarschaftshilfe

Immer mehr Mütter und Väter sind bereit, in Nachbarschaftshilfe bei der Betreuung anderer Kinder einzuspringen. Die Behörde soll solche Möglichkeiten zur Selbsthilfe nutzen und durch Informationen und Anregungen unterstützen.

Heime

Eine Reform des Heimwesens kann nur durch Stärkung der familiären Privatinitiative verwirklicht werden. Ein System privater Tages- und Dauerpflegestellen, deren großer pädagogischer Vorteil die familiäre Nestwärme ist, kann durch ausreichenden finanziellen Anreiz verwirklicht werden. Der Vorrang und die pädagogische Bedeutung der Familienerziehung soll durch den Ausbau der Pflegekinderfürsorge erreicht werden. Deshalb fordert die CDU:

- Die Erweiterung der Vermittlungsstelle.
- Eine angemessene Erhöhung der Pflegesätze und

- ein vielfältiges Angebot an Erziehungsberatung zur Unterstützung der Pflegeeltern.

Für Jugendliche sollen Jugendwohnungen mit sozialpädagogischer Betreuung geschaffen werden. Die freiwerdenden Kapazitäten der Heime müssen zur Verbesserung, zur Differenzierung und zur Reduzierung der Gruppenstärken verwendet werden.

Beratungs- und Behandlungszentren

Durch rechtzeitige Beratung und Behandlung können Fehlentwicklungen vorgebeugt und Verhaltensstörungen und Entwicklungsschäden geheilt werden.

- Wir fordern den Ausbau der Beratungseinrichtungen.
- Die Mütterberatungsstellen sollen die frühkindliche Erziehungsberatung stärker einschließen.
- Mehr Erziehungsberatungsstellen sind notwendig, um Wartezeiten zu verringern und die wirksame Elterngruppenarbeit zu erweitern.
Die hier bereits von privaten Trägern – etwa den Kirchen – geleistete wertvolle Arbeit muß vom Staat finanziell stärker unterstützt werden.
- Die sozialtherapeutische Einzel- und Gruppenarbeit in Zusammenarbeit mit den Bezirksjugendämtern muß ausgeweitet werden, um mehr Kinder und Familien zu erfassen.

Langfristig erstreben wir die Einrichtung von Beratungs- und Behandlungszentren in allen Bezirken, um dem Bürger den Zugang zu erleichtern.

Freie Organisationen

Der Staat darf die freien Organisationen bei der Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen nicht allein lassen. Ihre Arbeit ist durch größere finanzielle Zuwendungen für Sach- und Raumkosten sowie für pädagogisches Personal zu fördern. Darüber hinaus soll der Staat bestehende staatliche Einrichtungen (z. B. die Häuser der Jugend) stärker für die Arbeit mit randständigen Jugendlichen einsetzen.

Jugendsport

Die CDU schlägt für die Jugendarbeit der Sportvereine ein Förderungsprogramm vor, um die Einbeziehung von mehr Kindern und Jugendlichen in den Breitensport zu ermöglichen.

Angesichts der vielfältigen Zivilisationsschäden in der Großstadt hat der Breitensport eine große Bedeutung für eine gesunde Entwicklung gerade unserer Kinder.

Die Frau in Familie und Beruf

Die Frau hat in unserer Gesellschaft vielfältige Aufgaben zu erfüllen, in der Familie, im Beruf und als Bürger unserer Stadt.

Die CDU will, daß die Frau frei darüber entscheiden kann, wie sie ihr Leben gestalten will im Beruf, als Hausfrau, Ehefrau und Mutter. Aufgabe des Staates ist es, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Die CDU fordert:

- Mehr Teilzeitarbeitsplätze, insbesondere im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft.
- Gleiche Arbeitsbedingungen und -entgelte für Frauen und Männer.
- Mehr Volkshochschulkurse in allen Bezirken (einschl. Kinderbetreuung).
- Eine Stufenausbildung muß geschaffen werden.
- Altersgrenzen für die Berufsausbildung müssen fallen.

In einem Sozialbericht sollte der Senat regelmäßig über die Situation der Frauen und über die anderen Arbeitsbedingungen berichten.

Die CDU will der **jungen Familie** helfen.

Die Familiengründungsdarlehen für junge Familien müssen ausgebaut und verbessert werden.

Wohnungsbau

Die menschliche Stadt muß Leitbild der Planung sein – Wohngeld heraufsetzen! – Eigentum durch Mietzahlung

Fast 30 Jahre nach Kriegsende herrscht in Hamburg immer noch Wohnungsnot; 30 000 Hamburger sind auf der Wohnungssuche, vielen bleibt nichts anderes übrig, als in das Umland zu ziehen. Jeden Monat verlassen über 1000 Bürger unsere Stadt.

Besonders hart vom Wohnungsmangel betroffen: Alleinstehende, junge Ehepaare, ältere Mitbürger, Arbeitnehmer mit geringem Einkommen, kinderreiche Familien, Studenten, ausländische Arbeitnehmer.

Jungverheiratete verlassen Hamburg vor allem, weil eine Wohnraumbeschaffung sehr schwierig ist. Daher fordert die CDU, die Höhe der Darlehen den Kostensteigerungen anzupassen. Jungverheirateten-Darlehen sind auch zur Renovierung von Altbauwohnungen zu geben.

Der Senat sucht die Rettung in kostspieligen Großprojekten aus der Retorte.

Das Ergebnis: Hamburg hat die höchsten Sozialmieten in der Bundesrepublik. Viele neue Stadtrandbewohner fühlen sich in ihren Wohnvierteln nicht wohl.

Jetzt hat der Senat sogar den staatlich geförderten Wohnungsbau noch gedrosselt.

Leitbild: die bürgerfreundliche Stadt

Hamburg, eine attraktive und menschliche Stadt – das heißt für uns: Am Leitbild der bürgerfreundlichen, menschlichen Stadt müssen sich Stadtplanung, Wohnungsbau und Mieten orientieren!

- Die Wohnung muß wieder individuell gestalteter Freiheitsraum des Bürgers und Zentralpunkt der Familie werden!
- Keine Trennung der sozialen Gruppen unserer Gesellschaft durch Mammutprojekte weit vor der Stadt!
- Keine einseitige Bevorzugung spektakulärer Bauvorhaben auf Kosten renovierbedürftiger Altbauten und historisch gewachsener Stadtviertel!

Überhöhte Mieten abbauen!

- Ausreichenden Kündigungsschutz
- Zurück zu tragbaren Mieten.
- Staatliche Hilfe bei Bau und Beschaffung von Wohnungen für sozial Schwache.

Der soziale Wohnungsbau hat bisher ganze Bevölkerungsgruppen vernachlässigt.

Wir wollen geeignete Wohnungen besonders für alleinstehende Mütter, junge Ehepaare, kinderreiche Familien und älteren Menschen schaffen.

Staatliche Förderungsmaßnahmen sind so zu gestalten, daß erhaltungswürdige Altbauten im Interesse eines breiten Wohnungsangebotes wieder wirtschaftlich gemacht werden können und die Mieten für sozial schwächere Schichten tragbar sind.

- **Die Mieten** der neu erbauten Sozialwohnungen sind in Hamburg nicht mehr sozial. Weiteres Ansteigen der Mieten muß durch öffentliche Förderung verhindert werden. Dabei muß künftig weniger die Wohnung als vielmehr der einzelne Mieter gefördert werden.
- **Das Wohngeld** in Hamburg ist zu niedrig. Ansteigende Mieten müssen durch Heraufsetzung der Bemessungsgrenze und des Wohngeldes selbst aufgefangen werden.

Wohnen in der eigenen Wohnung

Die Mietzahlung sollte zur Eigentumbildung beitragen. Daher wird die CDU die Wohnungen, die dem Staat gehören, den übrigen Mietern zu fairen Bedingungen zum Kauf anbieten.

Förderungsmittel müssen verstärkt für Familienheime, selbst genutzte Eigentumswohnungen, Kaufeigenheime und Kaufeigentumswohnungen verwendet werden.

Der Wohnungsbau soll durch die Einrichtung von Immobilienfonds gefördert werden.

Mehr tun für den sozialen Wohnungsbau

Der Senat hat den Bau von Sozialwohnungen eingeschränkt, obwohl es in Hamburg noch Wohnungsnot gibt.

Die CDU will deshalb die Zahl der öffentlich geförderten Neubauwohnungen spürbar erhöhen.

Der Bau von Kleinstwohnungen muß eingestellt werden. Mieter **aller** Einkommensgruppen haben ein Recht auf eine moderne Wohnung, die dem Leitbild der menschlichen Stadtplanung entspricht.

Den Mietern sollte verstärkt die Möglichkeit geboten werden, die Zimmeraufteilung nach individuellen Wünschen vorzunehmen.

Die Billigstbauweise ist unsozial! Alle Wohnungen müssen qualitativ so ausgestattet werden, daß die Mieter vor Lärm und anderen störenden Umwelteinflüssen geschützt sind.

Stadtplanung

Erhaltung alter Stadtviertel statt Wohngettos aus Beton

Die Stadtplanung muß die zukunftsorientierten Leitlinien für die Verwirklichung der freien und menschlichen Stadt setzen. Sie darf keinen Gruppeninteressen unterworfen werden.

Wir wollen durch humane und bürgernehe, an modernen Vorbildern und Forschungsergebnissen sich orientierende Stadtplanung das Lebens- und Wohnniveau Hamburgs ordnen und verbessern. Mit dieser Auffassung sind Betonsilos und Wohngettos auf der grünen Wiese unvereinbar.

Für uns bedeutet Stadtplanung in erster Linie:

- Erhaltung und Modernisierung gewachsener Stadtkerne.
- Erhaltung brauchbarer Bausubstanz.
- Erhaltung des historischen Milieus charakteristischer Straßen und Plätze.

Hamburg ist reich an Stadtvierteln von hohem nachbarschaftlichen Wert. Restaurants, Fachgeschäfte, Kinos, Bierstuben und Boutiquen sind Kommunikationszentren, die das menschliche Zusammengehörigkeitsgefühl stärken.

Die Generalforderung der CDU: Die Innenstadt muß belebt werden! Sie darf kein Reservat für Büro- und Geschäftsbauten werden.

Wir planen dazu im einzelnen:

- Die Innenstadt muß durch Fußgängerstraßen, Läden, Wochenmärkte usw. neues Leben erhalten.

- In der Innenstadt müssen neue Wohnungen für Mieter gebaut werden, die durch Sanierungsmaßnahmen ihr Zuhause verloren haben.

Hamburg muß sein unverwechselbares Bild bewahren und gleichzeitig die Anziehungskraft der Stadt erhöhen.

Wir fordern daher u. a.:

- Finanzierungshilfen für Hauseigentümer, die selbst keine Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen bezahlen können.
- Genehmigungsvorbehalt für Abbruch oder wesentliche Veränderung schützenswerter Gebäude.

Mit Stadtentwicklungsprogrammen planen

Seelenlose Stadtviertel wie Billwerder-Allermöhe werden von der CDU abgelehnt.

Beim Bau von Großsiedlungen wird die CDU auf sorgfältige Planungskordinierung achten:

- Großprojekte sind so zu planen, daß sie Zentralpunkte für Kultur, Sport, Bildung und Kommunikation enthalten.
- Alle größeren Bauvorhaben sind so anzulegen, daß sie sogleich an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen werden können.
- Weitere Voraussetzung ist die gleichzeitige Errichtung von Schulen, Kindergärten, Sportplätzen, Läden, Jugendfreizeitanstalten usw.
- **Geschäftsräume** dürfen nicht nur an gewerkschaftliche oder andere marktbeherrschende Betriebe vergeben werden.

- Wir fordern **staatliche Ausfallbürgschaften** für kleine Läden, Dienstleistungsbetriebe, Arztpraxen usw., um den Mietern das Wiedereinleben in neuen Siedlungen zu erleichtern.

Ohne ein derartig aufeinander abgestimmtes Stadtentwicklungsprogramm dürfen keine „Familienkasernen“ – so z. B. Osdorfer Born, Mümmelmansberg, Neuwiedenthal – mehr gebaut werden.

Der City-nahe Wohnungsbau

Im Rahmen des Flächennutzungsplanes hat die CDU umfangreiche Alternativen für den City-nahen Wohnungsbau vorgelegt.

Wir fordern u. a. Wohnungsbau nahe dem U-Bahnhof Trabrennbahn-Farmsen, nahe der Kornweide in Harburg, in Ottensen und am Tierpark Hagenbeck und St. Georg.

Diese Gebiete sind zentral gelegen und besitzen oder erhalten Schnell-Bahn-Anschluß. Die Erschließung ist durch geringe Kosten realisierbar.

Der Bürger soll mitbestimmen

Die Stadt darf von der SPD nicht wie ihr alleiniges Eigentum behandelt werden. Die Stadt gehört den Bürgern, die in ihr leben, arbeiten und dort ihre Zukunft planen. Die Bürger müssen daher das Recht erhalten, bei der Gestaltung und Entwicklung ihrer Stadt mehr mitzubestimmen.

Insbesondere bei der Ausarbeitung langfristiger Planungen und Sozialpläne. Bei Sanierungsmaßnahmen sind alle betroffenen Bürger zur Mitwirkung aufgerufen.

Um wirkliche Mitwirkung zu ermöglichen, müssen die Alternativvorlagen des Senats mitgeteilt werden. Der Senat soll dazu verpflichtet werden.

Bodenrecht

Die Sozialverpflichtung des Grundeigentums – CDU lehnt Komunalisierung ab

Die menschliche Stadt ist ohne Fortentwicklung des Bodenrechts auf der Grundlage der **Sozialverpflichtung des Grundeigentums** nicht zu verwirklichen. Aber die Modernisierung des Bodenrechts darf nicht zur Aushöhlung des Eigentumbegriffs führen.

Wir lehnen daher die Kommunalisierung von Grund und Boden ab.

Ein neues Bodenrecht darf nicht den Eigentumsbegriff in ein Verfügungs- und ein Nutzungseigentum spalten. Dieser erste Schritt zur Sozialisierung würde die Freiheitschance, die mit Eigentum verbunden ist, durch kollektiven Zwang ersetzen.

Planungen und Neuordnungen müssen jedoch von Verzögerungen und Verteuerungen durch Spekulation befreit werden.

Wir fordern deshalb:

1. Kommunale Verwaltungen müssen klar umrissene Zuständigkeiten erhalten, um öffentliche Interessen wahrnehmen zu können.
2. Das Instrumentarium des Städtebauförderungsgesetzes und anderer Gesetze und Gebote muß angewendet werden, um **bürgerernahe Stadtplanung ohne Wettbewerbsvorteile für parteigesteuerte Mammutunternehmen** zu garantieren.
3. Die Vermögensbildung durch Wohnungseigentum muß durch staatlich geförderte Sparformen – vor allem für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen – erleichtert werden.

Wir brauchen kein sozialistisches, **wir brauchen ein soziales Bodenrecht**, das für uns **unverzichtbarer Teil der sozialen Marktwirtschaft** ist. Die CDU hat auf ihrem Bundesparteitag ein solches Bodenrecht beschlossen.

Verkehr

Hamburg braucht einen Verkehrssenator und einen Generalverkehrsplan – Kreuzungen in zwei Ebenen ausbauen – Mehr Park-and-Ride-Plätze

Die Hamburger Verkehrsmisere ist allein durch Verbote, ständig wechselnde Zukunftsmodelle und erst recht nicht durch Nulltarife sowie autofeindliche Politik zu beseitigen.

Wir fordern:

1. Ein **Verkehrssenator** muß alle Maßnahmen in einer Hand vereinigen. Nur so kann der Kompetenzwirrwarr, in den mehrere Ämter verstrickt sind, endlich beseitigt werden.
2. Ein **Generalverkehrsplan** muß die Leitlinien der Zukunft setzen und dem konzeptionslosen Dahinplanen ein Ende machen.
3. Stadtautobahnen dürfen nicht unsere Stadt zerschneiden. Bereits gesicherte Trassen sollten aber freigehalten werden. Zunächst jedoch müssen beschleunigt die vorhandenen Straßen und **neuralgischen Kreuzungen** ausgebaut werden.
4. Der kommunale **Nahverkehr** kann nicht durch den Nulltarif, sondern nur durch wettbewerbsfähige Unternehmensführung seine Aufgabe erfüllen.

Schutz vor Lärm und Abgasen

Es muß erreicht werden, daß Wohnviertel nicht durch Lärm und Abgase in Mitleidenschaft gezogen werden.

Daher darf die geplante Kerntangente durch die Innenstadt nicht gebaut werden. Wir lehnen auch die Zerschneidung von Eppendorf bis Barmbeck durch den Alsterhalbring ab.

Platz für den Freizeitverkehr!

- Die **West-Tangente** wird den aus Norden und Süden anrollenden Verkehr von Hamburg fernhalten.
- Der südliche Teil der **Ost-Tangente** wird Zubringer zur südlichen Autobahnumgehung Hamburgs sein.
- Im Westen ist ein **leistungsfähiger Anschluß an die West-Tangente** zu bauen.

Wir setzen uns für den Bau dieser beiden Autobahnzubringer ein! Sie sind notwendig, weil auch der Freizeitverkehr mit dem Auto erheblich zunehmen wird.

Der Bürger braucht Straßen, um aus der Stadt rasch ins Grüne zu kommen.

Attraktiver Nahverkehr

Die Nahverkehrsmittel müssen attraktiv und preisgünstig sein. Der Bürger soll sie aus rationellen Gründen bevorzugen. Aber er darf keinem kollektiven Zwang zur Benutzung staatlicher Verkehrsmittel unterworfen werden.

Wir lehnen den Nulltarif, d.h. die Belastung auch der Bürger, die die Nahverkehrsmittel gar nicht benutzen, als unsoziale Sondersteuer ab.

Der Hamburger Verkehrsverbund muß langfristig seine Personal-kosten – rd. 70% der Gesamtkosten – über die Fahrpreise herein-holen. Nur Sachkosten, die beim HVV anfallen, werden vom Ham-burger Staat übernommen.

Fahrpreise werden dann nur noch gleichbleibend mit dem Ein-kommen der Bürger erhöht werden. Soziale Erfordernisse sind besonders zu berücksichtigen.

Unsere verkehrspolitischen Planungen sehen so aus:

- **U- und S-Bahnen** haben Vorrang. Die S-Bahn nach Harburg muß in einem Zug nach Neugraben gebaut werden. Lurup und Osdorfer Born werden durch eine S-Bahn an das Schnellbahn-netz angeschlossen. Eine U-Bahn dorthin ist verkehrs- und finanzpolitisch nicht gerechtfertigt.

Lokstedt, Niendorf und Schnelsen sind durch eine U-Bahn mit dem Gesamt-Verkehrsnetz zu verbinden. Von der Planung Winterhude/Innenstadt/Niendorf/Schnelsen hat der Abzweig Stephansplatz–Niendorf/Schnelsen Vorrang.

Langfristig muß auf der vorhandenen Güterumgebungsbahn eine S-Bahn-Querverbindung zwischen City Nord/Rübenkamp und Eidelstedt gebaut werden.

- **Fußgängerzonen** garantieren eine von Abgasen und Lärm freie Innenstadt. Wir planen eine von Läden, Cafes, Geschäften und Ruhepunkten geprägte Zone, die über Mönckebergstraße, Rat-hausmarkt, Jungerfernstieg bis zu den Colonnaden reicht.
- **Verkehrsdichte Straßen und Kreuzungen**, die besonders den Berufsverkehr flüssig halten sollen, müssen verstärkt Ver-kehrsbereitstellungen und elektronisch gesteuerte Ampeln erhalten. **Neuralgische Kreuzungen** müssen durch eine unterirdisch verlaufende Fahrbahn entlastet werden. Lärm und Abgase be-lästigen dann weniger die Anlieger.

- **50000 Park-and-Ride-Plätze**, von HVV-Experten errechnet, müssen stufenweise an Schnellbahnhaltestellen in den Außen-bezirken errichtet werden. Sie sollten zugleich Informations-zentren sein, um orts- oder cityfremde Autofahrer über Nah-verkehrs-Möglichkeiten aufzuklären.

Diese Planungen können nur verwirklicht werden, wenn der Kom-petenzwirrwarr zwischen Wirtschafts-, Bau- und Innenbehörde, die sich alle mit Verkehr befassen, durch eine zentrale Planungs-stelle beendet wird. An ihrer Spitze steht der von der CDU gefor-derte Verkehrssenator, der sich ausschließlich mit Verkehrspla-nung und -koordinierung befaßt.

Gesundheit

Mehr Sicherheit – mehr Fürsorge – mehr Vorsorge

Gute Betreuung und das Vertrauen zu unseren Gesundheitseinrichtungen sind Voraussetzung für optimale Behandlung. Leider sind diese Bedingungen an Hamburgs Krankenhäusern nicht immer erfüllt. Die Todesfälle in der Universitäts-Frauenklinik und im Krankenhaus St. Georg sind ein warnender Hinweis, daß nur durch besondere Vorsorge und Überwachung solche Vorfälle verhindert werden können. Wir stellen deshalb gerade diese Betreuung der Patienten in den Mittelpunkt unserer gesundheitspolitischen Überlegungen: Dazu gehört die ambulante und stationäre Beratung und Versorgung, die Betriebssicherheit medizinischer und paramedizinischer Einrichtungen sowie Maßnahmen der Rehabilitation und Vorbeugung. Nur die freie Arztwahl garantiert allen Bürgern bestmögliche und individuelle Behandlung.

Mehr Sicherheit in Hamburgs Krankenhäusern

Es müssen an allen Hamburger Krankenhäusern sofort die risikoreichen technischen Einrichtungen überprüft werden. Die CDU wird das technische Krankenhauspersonal verstärken und für erweiterte Ausbildungsmöglichkeiten zum Beruf des Bio-Technikers sorgen.

Mehr Pflegepersonal

Betreuung und Versorgung stationärer Patienten sind häufig nicht mehr sichergestellt, denn es fehlen vor allem Krankenschwestern und Pfleger. Die CDU fordert vermehrte Einstellung von teilzeitbeschäftigten Schwestern. Aus diesem Grunde müssen die bisherigen sogenannten Kinderstuben durch voll funktionsfähige Kindertagesstätten ersetzt werden, in denen Kinder des weiblichen Krankenhauspersonals aufgenommen werden sollen. Hierzu müssen die finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden, um die damit verbundenen Auflagen

zu erfüllen. Darüber hinaus fordern wir den Bau von gemeinsamen Wohnanlagen für alle im Krankenhaus Beschäftigten.

Weiter müssen Planstellen für Sozialpädagogen und Erzieher geschaffen werden, auch im Hinblick auf die kommende Einführung eines Vorschuljahres.

Zur Rationalisierung der pflegerischen Arbeit auf allen Stationen ist die Umstellung auf Gefrierkost beschleunigt durchzuführen, um vermehrt Wirtschaftspersonal, statt Pflegepersonal, mit den entsprechenden Aufgaben betrauen zu können.

Die Verwaltungsarbeit ist durch Einführung moderner Bürosysteme beschleunigt zu vereinfachen.

Wartelisten für Operationen abbauen

Zahlreiche Hamburger Patienten, die sich einer Gelenk-, Wirbelsäulen-, Augen- oder Herzoperation unterziehen müssen, stehen seit langem auf den Wartelisten der Krankenhäuser. Häufig müssen sie bis zu einem Jahr und länger auf eine manchmal lebensentscheidende Operation warten.

Der Grund: Viele hundert Betten müssen wegen Schwesternmangel unbelegt bleiben. Betten, in denen auf der Warteliste stehende Patienten untergebracht werden können!

Wir wollen die Wartelisten durch Freigabe dieser gesperrten Betten abbauen.

Außerdem fordert die CDU zur besseren Verteilung solcher Patienten auf alle Häuser mit operativen Möglichkeiten für diese Leiden die Schaffung einer zentralen Patientenkartei.

Mütter sollen ihre Kinder täglich besuchen dürfen

Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß beim Krankenhaus-Aufenthalt von Kindern – besonders von Säuglingen und Kleinkindern – die Trennung von der Mutter zu Entwicklungsschäden führen kann.

- Wir fordern: **Tägliche Besuchszeiten in Kinderkliniken und Kinderabteilungen!** Müttern sollte auf Wunsch gestattet werden, ihre Kinder in den Krankenhäusern selbst zu pflegen.

Mehr Ausbildungsstellen für medizinisches Personal

Es fehlt an medizinischem Personal zur Unterstützung der ärztlichen Maßnahmen, die zu einer schnelleren Wiederherstellung der Patienten notwendig sind. Wir wollen daher vermehrte Ausbildungsstellen für Beschäftigungstherapeuten – Sehlehrer – Sprachlehrer und Krankengymnastinnen einrichten.

Die Nachsorge muß verbessert werden

Hirnverletzte Unfallkranke, psychisch Kranke, Patienten mit überstandenen Herzinfarkten und Krebsoperationen, könnten ihren Lebensmut durch Rehabilitationsmaßnahmen rascher zurückerhalten. Wir planen daher den verstärkten Bau von Einrichtungen der Nachsorge sowie die hierzu erforderliche Ausbildung von medizinischem Personal.

Breitensporteinrichtungen zur Gesundheitsförderung

Während des ganzen Lebens betriebener Sport hat eine höhere Lebenserwartung bei gleichzeitigem körperlichen und geistigen Wohlbefinden zur Folge. Das ist wissenschaftlich erwiesen. Wir wollen daher vielfältige Freizeit- und Sporteinrichtungen schaffen und sie der Bevölkerung zur Gesundheitsförderung anbieten.

Keine Wartezeiten mehr in Arztpraxen

Wie Meinungsumfragen zeigen, sind die meisten Bundesbürger mit unserem System der freien Arztwahl zufrieden. Kritisiert werden nur die langen Wartezeiten einiger Arztpraxen. Wir werden in enger Zusammenarbeit mit den niedergelassenen

Ärzten und ihren Organisationen Lösungsmöglichkeiten für dieses Problem in Angriff nehmen.

Am Mittwochnachmittag sind in Hamburg die Arztpraxen geschlossen. Die ärztliche Versorgung wird lediglich von einem Notarzt-Dienst übernommen. Die CDU wird, ebenfalls in Zusammenarbeit mit den Ärzten und ihren Organisationen, nach Möglichkeiten suchen, die fachärztliche Versorgung auch an Mittwochnachmittagen sicherzustellen.

Umweltschutz

Anlaufstelle für Beschwerden in den Bezirken schaffen – Müllverbrennung viel zu teuer – die bessere Methode der Beseitigung

In den letzten Jahren sind die Umweltbelastungen für Hamburgs Bevölkerung spürbar gestiegen. Wir wollen die Gefährdung unserer Gewässer, die Verschmutzung der Luft und die Lärmbelastigung erheblich vermindern.

Wer die Umwelt verschmutzt, muß auch zur Beseitigung oder Verhinderung der Umweltbelastungen herangezogen werden. Umweltschutzbeamte in allen Bezirken müssen auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften achten und die Beschwerden aus der Bevölkerung registrieren.

Wasser

Das weitere Absterben der Alster kann nur verhindert werden durch schnelle Fertigstellung des Sammlers Ost und Anschluß an das Klärwerk auf dem Köhlbrand. Eine Übereinkunft mit Ahrensburg muß sicherstellen, daß die Alster nicht außerhalb der Landesgrenze verschmutzt wird. Ferner müssen alle Einleitungen von Abwässern in den Kanälen im Alsteroberlauf und der Außenalster beseitigt werden.

Hamburg darf keine ungeklärten Abwässer mehr in die Elbe leiten. Das erfordert beschleunigte Fertigstellung des gesamten Sammlerbaus sowie der Kläranlagen.

Luft

Alle Betriebe, die schädliche Stoffe ausstoßen, müssen durch Auflagen gesetzlich gehalten sein, das Ausmaß der Luftverschmutzung abzubauen. Der technische Fortschritt auf diesem Gebiet muß endlich voll genutzt werden.

Lärm

Der Senat muß über den Bundesrat erwirken, daß Ausführungsbestimmungen zum Fluglärmgesetz erlassen werden.

Für den Einbau lärmdämpfender Fenster sollten erhöhte Abschreibungs- bzw. Absetzungsmöglichkeiten gewährt werden.

Müll

Bei der bisherigen Abfallbeseitigung in Hamburg gab es keine sinnvolle Wiederverwendung der Rohstoffe. In Hamburg hält man noch immer an der Vernichtung, d. h. an der Müllverbrennung fest, obwohl diese Methode viel zu teuer ist. Wir wollen den Müll durch Abfallverwertung beseitigen. Wir sind daher gegen den Bau weiterer Müllverbrennungsanlagen.

Benachteiligte Gruppen

Mehr Altenwohnheime bauen – Auflösung der Obdachlosenlager – Behinderte nicht isolieren

Wir fühlen uns zur Verantwortung für den Mitmenschen, zur Solidarität mit den Schwachen und den sozial benachteiligten Gruppen dieser Gesellschaft verpflichtet. Alte Menschen, Behinderte, Obdachlose, Vereinsame und Kranke werden all zu oft von der Wohlstandsgesellschaft vergessen. Ihnen zu helfen und sie stärker an den gesellschaftlichen Aufgaben zu beteiligen, ist unser besonderes Ziel.

Hamburg muß sich um seine älteren Bürger bemühen!

Die Eigenständigkeit des älteren Menschen in seiner vertrauten Umgebung ist solange wie möglich zu erhalten. Für Hamburg wird die Beachtung der älteren Bürger immer wichtiger, immerhin werden 1975 fast 20% der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein.

Die CDU hat in den vergangenen vier Jahren in der Bürgerschaft nichts unterlassen, um auf die bedrängte Situation der über 300 000 Hamburger im Alter von über 65 Jahren hinzuweisen. Wir haben den Senat wiederholt aufgefordert und veranlaßt, endlich eine langfristige Planung für diese Bevölkerungsgruppe vorzulegen.

Wir fordern für unsere älteren Mitbürger:

- Die Hilfe muß ins Haus kommen! Dazu muß ein umfassendes Haus-Hilfe-System aufgebaut werden: Mittagstisch, Pflege-, Wäsche- und Reinigungsdienste.

- Mehr altengerechte Wohnungen und mehr Altenwohnheime!
- Die bestehenden staatlichen Altersheime müssen modernisiert und individueller auf ihre Bewohner zugeschnitten werden.
- In allen Stadtteilen sollten die älteren Mitbürger zu Beratungsstellen und Sozialstationen gehen können.
- Für ältere Menschen sollten spezielle Bildungsangebote wie regionale Volkshochskulkurse an Vormittagen, kulturelle Veranstaltungen, mehr Altentagesheime und Altenwerkstätten eingerichtet werden!
- Nachbarschaftshilfe und Privatinitiative muß von den Behörden angeregt, unterstützt und gefördert werden. Insbesondere die Träger der freien Wohlfahrtspflege müssen in ihrer Arbeit stärker unterstützt werden.
- Ein Freizeitpaß für ältere Mitbürger kann das Kultur- und Freizeitangebot Hamburgs zu günstigen Preisen erschließen.

Behinderte nicht isolieren!

Die Zahl der behinderten Kinder und Erwachsenen steigt ständig. Für die geistig und körperlich behinderten Menschen heißt Sozialpolitik, sie in die menschliche Gemeinschaft ohne Zurücksetzung oder Isolierung aufzunehmen. Deshalb halten wir eine gesetzliche Meldepflicht für alle behinderten Kinder für erforderlich.

Die CDU fordert daher:

- Behandlungszentren für behinderte Kleinkinder.
- Mehr Schul- und Berufsausbildungseinrichtungen für behinderte Kinder und Jugendliche, sofern sie nicht in das allgemeine Bildungssystem integriert werden können.

- Die CDU lehnt die finanzielle Belastung der Eltern ab! Alle Kosten für Schul- und Berufsausbildung behinderter Kinder und Jugendlicher hat die Allgemeinheit zu tragen!
- Abbau der architektonischen Barrieren in der Bau- und Stadtplanung. Kein öffentliches Gebäude ohne Sonderzufahrt für Behinderte! Erleichterter Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Wohnungsbau für Behinderte.

Barackenlager räumen!

Die zuständigen Wohnunterkünfte für Obdachlose – Baracken, Massenunterkünfte – müssen jeden sozial empfindenden Hamburger beschämen. Sie sind eine sichtbare Anklage gegen den Senat.

Wir fordern:

- Die schrittweise Räumung der Barackenlager und Massenunterkünfte.
- Vorbeugende Sozialbetreuung, um die Einweisung gefährdeter Familien in Wohnunterkünfte zu verhindern.
- Mehr Wohnungen für Obdachlose. Begleitende Sozialbetreuung muß sichergestellt werden.
- Modernisierung bestehender Übergangswohnungen.
- Besondere Hilfsmaßnahmen für die Kinder und Jugendlichen in den Wohnunterkünften und Übergangswohnungen.

Die CDU lehnt das zwangsweise Zusammenleben von gefährdeten Personen und Familien in Wohnunterkünften und Übergangswohnungen ab. So entsteht in Obdachlosenunterkünften nur neues Elend.

Wirtschaftspolitik

Im Mittelpunkt der sozialen Marktwirtschaft steht die Selbstverwirklichung des Menschen. Die Selbstverwirklichung in Freiheit und nicht im staatlich verordneten Kollektiv. Denn diese Wirtschaftsform ist wie keine andere geeignet, politische und wirtschaftliche Freiheit, Chancengleichheit, Eigentum, Wohlstand und sozialen Fortschritt für alle zu verwirklichen. – Für Hamburg ist marktwirtschaftliches Denken nicht nur Tradition, sondern Lebensgrundlage.

Die Inflation macht uns kaputt

Der Geldzerfall bedroht die soziale Marktwirtschaft. Die Inflation ist unsozial, denn sie trifft unsere wirtschaftlich schlecht gestellten Mitbürger am härtesten; sie gefährdet aber auch unser Wirtschaftswachstum und verhindert eine gerechte Einkommensentwicklung und breite Vermögensbildung.

Mehr tun für Hamburger Arbeitsplätze

Die Situation der Hamburger Wirtschaft gibt zu Besorgnis Anlaß. Schon jetzt haben wir ca. 9400 Arbeitslose in unserer Stadt; allein im Dezember stieg die Zahl der Arbeitslosen um 37%. Die Aussichten für 1974 sind zweifelhaft. Ein reales Wachstum unseres Bruttosozialproduktes wird es im Bundesgebiet nicht geben, in Hamburg wird es nicht besser sein. Diese Gesamtsituation wird dazu führen, daß besonders der Einzelhandel in Hamburg schweren Zeiten entgegengeht. Die Außenhandelswirtschaft wird durch die anhaltenden Währungsunruhen belastet. Die Bauwirtschaft wird nach zuverlässigen Schätzungen Umsatzminderungen von mindestens 8% hinnehmen müssen. In der Mineralölindustrie wird die Produktionsminderung auf 10% geschätzt, in der Textil- und Bekleidungsindustrie noch höher.

Wir fordern deshalb:

- unverzüglich mehr öffentliche Investitionen als Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in der Bauwirtschaft.
- Abbau der Kurzarbeit durch steuerliche Maßnahmen und Verlängerung der Fristen zugunsten der betroffenen Arbeitnehmer;
- Verstärkte Umschulungs- und Bildungsprogramme für Arbeitslose.

Hamburg trifft die Inflation besonders hart. Bei uns sind die Lebenshaltungskosten am höchsten, als Dienstleistungszentrum sind wir besonders abhängig von den Lohnkosten. Dennoch ging der Hamburger Staat hier mit schlechtem Beispiel voran und hat seine Preise und Gebühren mehrmals kräftig erhöht.

Hamburg verliert den Anschluß

Immer mehr Bürger verlassen unsere Stadt. In den vergangenen acht Jahren zogen über 100 000 Hamburger in andere deutsche Länder. Dem entspricht ein Rückgang der Arbeitsstätten und der Beschäftigten. Im Zuwachs des Brutto-Inlandsprodukts (Summe aller in Hamburg erstellten Güter und Dienstleistungen) liegt unsere Stadt in der Bundesrepublik an letzter Stelle.

Diese negative Entwicklung beeinträchtigt unser Steueraufkommen. Gefährdet den notwendigen Ausbau staatlicher Leistungen, z. B. Schulbau, Wohnungsbau und Nahverkehr. Sie gefährdet die Zukunftschancen unserer Heimatstadt.

Wir fordern:

- Systematische Intensivierung der Wirtschaftsförderung.
- Wachstums- und Zukunftsindustrien müssen nach Hamburg – im Zusammenhang mit einer zweiten Universität, die ihren Schwerpunkt in den mathematisch-technischen Fächern hat.

Schwerpunktprogramm „Deutsche Küste“

Hamburgs Wirtschaftspolitik zeigt keine großräumigen Konzeptionen. Sie hört an den Stadtmauern auf.

Die CDU fordert:

- Der Bund soll den vier norddeutschen Küstenländern mehr als bisher Finanzhilfe leisten, um die bisher von ihm vernachlässigten Infrastruktur-Maßnahmen zu finanzieren. Das von uns vorgeschlagene Schwerpunktprogramm „Deutsche Küste“ muß sofort verwirklicht werden.
- Hamburg muß eine regionale Energiebilanz erstellen.
- Weiterentwicklung des Hafens zu einem zentralen Industriehafen, wobei die bisher vernachlässigten Klein- und Mittelbetriebe zu berücksichtigen sind.
- Einrichtung eines Handelszentrums, der überregionalen Dienstleistungsbetriebe von Hafen, Banken, Versicherungen und Maklern, um dem norddeutschen und nordeuropäischen Handel einen Stützpunkt zu geben.

Finanz- und Steuerhilfe für die Schifffahrt

Seit Anfang 1971 sind 600 deutsche Schiffe mit über 2 Mio. BRT ins Ausland verbracht worden. Ein Drittel davon wurde „ausgeflaggt“, weil ein wirtschaftlicher Handel unter deutscher Flagge nicht mehr möglich war. Dies trifft Hamburg als Heimatplatz deutscher Seeschifffahrt besonders.

Die CDU fordert:

- Stop dieser Entwicklung durch finanzielle und steuerliche Förderung für Schifffahrt und Schiffbau unter Bevorzugung der im deutschen Register eingetragenen Schiffe.
- Wahrung des sozialen Besitzstandes der unter ausländischer Flagge fahrenden deutschen Seeleute.
- Verstärkung der Forschung über moderne Schiffsbetriebe, moderne Schiffssicherheit, Arbeitsmedizin usw.

Ausbau und Sicherung des demokratischen Rechtsstaates

Mehr Demokratie ins Rathaus – Justizkrise beseitigen – mehr Polizeibeamte auf die Straße – Rockerunwesen bekämpfen

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gewährt allen Bürgern ein hohes Maß persönlicher Freiheit. Das Grundgesetz enthält aber auch die Verpflichtung, diese Demokratie ständig auszubauen, zu verteidigen und zu schützen. Das ist vor allem eine Aufgabe für die politischen Parteien.

Ausbau des Parlamentarismus

Die CDU hat mit der von ihr durchgesetzten Parlamentsreform erreicht, daß die Bürgerschaft neue Bedeutung im politischen Leben Hamburgs gewonnen hat. Künftig muß es darum gehen, auch die Bezirksversammlungen zu vollwertigen Kommunalparlamenten auszubauen.

Mehr Mitbestimmungsrechte für den Bürger

Mehr Demokratie heißt auch: Der Hamburger Bürger muß mehr Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte in den ihn betreffenden Fragen erhalten. So können Freiheitsräume geschaffen werden, die zur Verwirklichung der Menschenwürde und der individuellen Freiheit notwendig sind. Dies findet seine Grenze dort, wo die parlamentarisch-repräsentative Demokratie ausgehöhlt wird. Denn die staatliche Gewalt kann in der Demokratie nur von den gewählten Repräsentanten des ganzen Volkes ausgeübt werden.

Keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst

Schutz und Verteidigung unserer freiheitlichen Demokratie ist vor allem Aufgabe des öffentlichen Dienstes.

Neben der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, der Daseinsfürsorge für jedermann, kommt ihm daher in unserer Gemeinschaft besondere Bedeutung zu. Der Versuch der Systemfeinde, ihrem Ziel, unsere freiheitliche Demokratie zu zerschlagen, durch Infiltration ihrer Anhänger in den öffentlichen Dienst näherzukommen, muß zurückgewiesen werden.

Die CDU ist als einzige Partei dazu vorbehaltlos bereit.

Sie fordert:

- Für Extremisten ist im Staatsdienst eines demokratischen Rechtsstaates kein Platz! Für einzelne Bereiche der Verwaltung, z. B. Bildungs-, Justiz- und Sicherheitsbereich, sind dabei wegen ihrer staatspolitischen Verantwortung besonders strenge Maßstäbe anzulegen.

Die CDU will nicht:

- daß Extremisten in den Schulen unsere Kinder beeinflussen,
- daß Extremisten als Richter unsere Gesetze in ihrem Sinne auslegen und anwenden,
- daß Extremisten als Polizisten Hüter unserer Sicherheit und Ordnung sind.

Die Weimarer Republik ist nicht zuletzt an ihrer inkonsequenten und nachgiebigen Haltung in der Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst gescheitert. Die Fehler von Weimar dürfen sich nicht wiederholen!

Unsere Freiheit ist zu kostbar, um sie durch leichtfertiges Verhalten und flasche angewendete demokratische Toleranz aufs Spiel zu setzen.

Arbeitsfähigkeit der Justiz verbessern!

Ein funktionsfähige und unabhängige Justiz ist eine der tragenden Säulen des Rechtsstaates.

Das für den Rechtsstaat unerläßliche Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz ist in Hamburg jedoch durch ständige Skandale erschüttert worden. Es kann nur wieder hergestellt werden, wenn es gelingt, die Hamburger Justiz so schnell wie möglich aus ihrer Krise zu befreien.

Personalmangel, unzulängliche Besoldung des mittleren Dienstes, schlechtes Arbeitsklima, ständige Abwanderungen und kein Nachwuchs – das sind die Begleiterscheinungen der Hamburger Justizkrise.

Die CDU fordert deshalb:

- Die zur Zeit unerträglich lange Dauer von Zivil- und Strafverfahren vor den Hamburger Gerichten muß verkürzt werden, denn Schnelligkeit ist ein wesentliches Element der Gerechtigkeit!
- Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen endlich moderne technische Hilfsmittel erhalten. Mit modernen Organisationsformen, Rationalisierungen, aber auch Änderungen des geltenden Verfahrensrechtes wollen wir in diesem wichtigen staatlichen Bereich Arbeitsbedingungen schaffen, wie sie in der Privatwirtschaft längst selbstverständlich sind.
- Die Justiz braucht mehr Personal, mehr Räume und auch mehr Sachmittel, um ihre Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen zu können.
- Auf allen Organisationsebenen müssen Richter, Staatsanwälte und Polizei enger zusammenarbeiten, um die Bevölkerung wirksamer vor Straftaten schützen zu können.
- Die Bewährungshilfe muß ausgebaut werden.

Gewaltkriminalität bekämpfen!

In Hamburg haben die Gewaltverbrechen, vor allem jugendlicher Täter besorgniserregend zugenommen. Unsere Stadt hält auf diesem Gebiet mittlerweile einen traurigen Rekord innerhalb der Bundesrepublik. Gewalttaten Jugendlicher wie Körperverletzungen, Raubüberfälle oder „Betteln mit Gewalt“ sind in Hamburg fast alltäglich.

Diese Zunahme von Gewalt und Terror engt den persönlichen Freiheitsraum des einzelnen Bürgers auf unerträgliche Weise ein. Die Demokratie kommt in Verruf, wenn sie mit diesen Problemen nicht fertig wird und die Sicherheit der Bürger nicht garantieren kann.

Die CDU fordert deshalb:

- Polizeibeamte sollen als Bürgerpolizisten in allen Teilen unserer Stadt zum Schutz unserer Bürger eingesetzt werden. Sie sollen ständig überschaubare Wohnbezirke überwachen.
- Die Polizeiposten in Hamburg sollen solange erhalten bleiben, bis sie durch Bürgerpolizisten ersetzt werden können.
- Bei der Einteilung der Reviere und Polizeidirektionen ist auf kriminalgeographische Gesichtspunkte Rücksicht zu nehmen.
- Hamburg muß einen zentralen Fahndungsdienst erhalten.
- Gegen das Rockerwesen wollen wir spezielle Fahndungs- und Beobachtungsgruppen einrichten, die insbesondere Rockeransammlungen beobachten und dadurch mögliche Straftaten verhindern können.
- Der kriminelle Kern der Rockergruppen muß stärker als bisher zur Verantwortung gezogen werden. Die Staatsanwaltschaft sollte diese Gewalttaten in Eilverfahren nach § 212 der Strafprozeßordnung anklagen. Der Jugendstrafvollzug muß reformiert und die Bewährungs-

hilfe für entlassene jugendliche Straftäter muß ausgebaut werden. Es müssen mehr Planstellen für Bewährungshelfer geschaffen werden, um die Rückfallkriminalität zu verringern.

- Enge Zusammenarbeit zwischen Schul n, Jugendbehörde, Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichten, um die Roker-Gewaltkriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen. Einrichtung einer koordinierenden, aus Beamten all dieser Bereiche bestehenden Dienststelle.

Den Strafvollzug wirksamer gestalten

Hamburgs Strafvollzug ist nicht so wirksam, wie erforderlich, weil der Senat einseitig nur die sogenannte Resozialisierung als Strafzweck kennt. Dadurch sind auch in festen Anstalten Lockerungen des Vollzuges durchgeführt worden, die die Sicherheit der Anstalt und damit die Sicherheit der Bevölkerung gefährden. Die CDU stellt fest, daß neben der Wiedereingliederung des Straffälligen auch die Sicherheit der Allgemeinheit vor gefährlichen Straftätern ein wesentlicher Vollzugszweck ist. Zu Beginn des Vollzuges muß in entsprechenden Einrichtungen das Persönlichkeitsbild des Straffälligen festgestellt werden, um resozialisierbare Gefangene frühzeitig zu erkennen und von denen zu trennen, die sich nicht mehr in unsere Gesellschaft eingliedern lassen und eine bleibende Gefahr für die Allgemeinheit darstellen.

Die CDU fordert deshalb:

- Einrichtung einer Einweisungsanstalt, mit der Aufgabe der Persönlichkeitserforschung.
- Weitgehend offener Vollzug bei resozialisierbaren Gefangenen.
- Sicherheitsvollzug bei Gefangenen, die durch ihre Persönlichkeit eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellen.
- Bezahlung der Arbeit der Gefangenen mit marktüblichen Löhnen, damit die Straffälligen auch in der Haft ihre Familien versorgen und – falls erforderlich – eine Wiedergutmachungszahlung aufnehmen können.

Finanzpolitik

Mehr Leistungen ohne Steuererhöhungen – Staatliche Beteiligungen verkaufen – CDU-Wahlprogramm finanziell abgesichert

Im Gegensatz zum SPD/FDP-Senat, der von seinen Regierungsfractionen ungedeckte Haushalte verabschieden läßt, hat die CDU-Fraktion stets finanzwirtschaftlich ausgeglichene Vorlagen eingebracht. Sie wird daran festhalten, denn auch unsere Verbesserungsvorschläge in dieser Wahlplattform sind finanziell abgesichert.

Unsere Ziele:

1. Erhöhung der verfügbaren Finanzmasse Hamburgs **ohne Erhöhung der Steuern.**
2. Vermögens- und Eigentumsbildung für breite Schichten der Bevölkerung.

Sozialrabatte für Volksaktien

Hamburg ist Eigentümer einer Reihe großer wirtschaftlicher Unternehmen. So z. B. der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) und der Hamburgischen Landesbank, von denen die Hansestadt über 75% bzw. 100% der Aktien besitzt.

Die CDU wird sich nach einer Regierungsübernahme von dem Teil der Aktien, der 51% übersteigt, trennen und sie als „Hamburger Volksaktien“ ausgeben. Sozialrabatte erleichtern auch einkommensschwachen Bürgern den Ankauf.

Aus Mietern werden Eigentümer

Zusätzliche Mittel können gewonnen werden durch ein Angebot des Staates an die Mieter in den 90 000 städtischen Wohnungen, zu fairen Bedingungen ihre Wohnungen zu kaufen.

Immobilienfonds auflegen

Mit Hilfe privaten Sparkapitals sollen Immobilienfonds aufgelegt werden, um zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau, besonders für den sozialen, freizumachen.

Schnellbahnbau über den Kapitalmarkt

Wir wollen eine Nahverkehrs-Finanzierungsgesellschaft gründen, die Zugang zum Kapitalmarkt hat. Dem anfallenden Schuldendienst stehen Komplementärmittel des Bundes gegenüber.

Christlich-Demokratische Union
Landesverband Hamburg e. V.
2 Hamburg 13, Johsallee 13